

27. Gewerkschaftstag • 12.–16. Juni 2013 • Düsseldorf

ALLES BEGINNT
MIT GUTER BILDUNG!

**GEW-Forderungen zur
Bundestagswahl 2013**

Beschluss des Geschäftsführenden Vor-
standes der GEW vom 29. April 2013

Das Menschenrecht auf gute Bildung für alle und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungsbereich sind zwei Seiten einer Medaille. Sie bilden die Schwerpunkte der Arbeit der GEW. Die Bildungsgewerkschaft setzt sich für qualitative Verbesserungen des Bildungsangebotes für alle Menschen ein, insbesondere mit Blick auf eine erfolgreiche flächendeckende Einführung der Inklusion sowie mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Die GEW schlägt Bundesregierung und Deutschem Bundestag in der 18. Wahlperiode ein Zehn-Punkte-Programm vor:

1. Mehr Kooperation für gute öffentliche Bildung und eine nationale Bildungsstrategie

Bildung darf nicht dem föderalen Gegeneinander überlassen werden. Notwendig sind eine nationale Bildungsstrategie und eine gemeinsame Bildungsplanung. Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen. Dafür brauchen sie klare Ziele, in erster Linie, die soziale Selektion im Bildungswesen zu verringern und Chancengleichheit für alle Menschen zu verwirklichen. Deshalb muss das Kooperationsverbot fallen.

2. Mehr Geld für die Bildung – keine Privatisierung

Deutschland braucht mehr Geld für eine erfolgreiche Bildungsoffensive, mehr Geld für Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Derzeit werden lediglich 5,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus öffentlichen Mitteln in das Bildungswesen investiert. Will die Bundesrepublik den Anschluss an das europäische Spitzenniveau schaffen, müssen die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Pro-

zent des BIP steigen. Der Staat muss ein hervorragendes Bildungswesen für alle Menschen sichern und finanzieren. Der Trend, Bildung immer stärker zu privatisieren, verschärft die soziale Spaltung in der Gesellschaft. Subventionen für kommerzielle Bildungsträger von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen darf es nicht geben. Gebühren für Kitas und Studium, Beiträge für Lernmittel, Klassenfahrten und kräftige Teilnahmegebühren in der Weiterbildung verhindern eine höhere Bildungsbeteiligung. Öffentliche Bildung für alle Menschen muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zur Hochschule.

3. Europäischen Bildungsraum gestalten

Die Umsetzung einer europäischen Berufsbildungspolitik soll einen Beitrag zu mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer bzw. hochschulischer Bildung leisten. Menschen mit beruflicher Qualifikation müssen leichter Zugang zu den Hochschulen haben. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses läuft schlecht. Die Qualität des Studiums und der Lehre müssen nachhaltig verbessert, die Kriterien der Studierbarkeit und der beruflichen Qualifizierung umgesetzt und die Mobilität erhöht werden.

4. Gute Bildung durch gute Arbeit

Deutschland steuert auf einen gravierenden Fachkräftemangel im Bildungswesen zu. Um Bildungsberufe attraktiver zu machen, müssen exzellente Arbeitsbedingungen gesichert werden. Dazu gehören bessere Personalschlüssel in den Kitas und eine deutlich höhere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, die Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrkräfte, kleinere Klassen und eine Verpflichtung zur öffentlich-finanzierten Weiterbildung. Für Daueraufgaben in Hochschule und Forschung müssen mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden.

Prekäre Beschäftigung soll überwunden, die soziale Sicherheit im Alter gestärkt werden. Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, unfreiwillige Teilzeit und Niedriglöhne im Bildungsbereich müssen bekämpft, reguläre Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden. Dies ist vor allem durch eine Stärkung der Tarifautonomie wie erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und eine bessere Mitbestimmung zu erreichen. Das gilt insbesondere für die tariflichen Eingruppierungsregelungen für die angestellten Lehrkräfte des Bundes, der Länder und der Kommunen. Ziel ist, alle Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von Schulart und -stufe einheitlich zu bezahlen.

Gleichzeitig muss der Gesundheitsschutz für die Beschäftigten im Bildungswesen verbessert werden. Sie leiden neben körperlichen Belastungen zunehmend unter psychischem Druck.

5. Inklusion statt Auslese in der Schule

Die Schulen brauchen eine neue Philosophie: Fördern statt Auslesen. Eine Schule für alle Kinder erreicht durch individuelle Förderung zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Auch in Deutschland sollen junge Menschen mit und ohne Behinderung bis zum Ende der zehnten Klasse gemeinsam lernen.

Auch um diese Anforderungen zu stemmen, ist die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer inhaltlich grundlegend zu reformieren. Sie soll für alle Lehrkräfte zu einem Abschluss auf Master-niveau führen.

Ein inklusives Schulwesen sorgt dafür, dass kein Kind zurückgelassen wird. Gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Dazu muss die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umgesetzt werden: Der Zugang zu

einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen ist zu gewährleisten. Bund und Länder müssen zusammenarbeiten, um neben den rechtlichen auch die tatsächlichen, insbesondere finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das Menschenrecht auf Bildung muss in einem inklusiven Schulwesen uneingeschränkt auch für Menschen mit Migrationshintergrund gelten. Das Erlernen der deutschen Sprache als Schlüssel zur Integration soll frühzeitig gefördert, die Muttersprache der Kinder und Jugendlichen darf dabei nicht vernachlässigt werden. Um die hohe Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss zu senken, müssen sich Bund und Länder endlich verbindlich auf konkrete Zielgrößen und Maßnahmen der Qualitätssicherung festlegen.

6. Mehr Zeit für gute Bildung

Gute Bildung braucht Zeit. Für eine Bildung, die nicht nur Fachwissen vermittelt, das für den Arbeitsmarkt qualifiziert, sondern Menschen unterstützt, zu urteilsfähigen Persönlichkeiten zu reifen, sich mit ihrer Umwelt sinnhaft-kritisch auseinanderzusetzen und ihr Leben zu bewältigen, müssen Bildungsprozesse entschleunigt werden. Die verkürzte Schulzeit (G8), sechssemestrige Bachelor und zweijährige Ausbildungen sind Auswüchse einer Bildungspolitik unter dem Diktat der Effizienz. Sie weisen in die falsche Richtung.

7. Ganztägige Bildung und Betreuung von Anfang an fördern

Ganztagsangebote sind ein wichtiger Baustein, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren und Chancengleichheit beim Zugang zur Arbeitswelt zu bieten. Auch Kinder profitieren enorm von Ganztagsangeboten. Lernrhyth-

men, die Bildungsprozesse über den ganzen Tag strukturieren, können viel besser an den Bedarf der Kinder und Jugendlichen angepasst werden. Flächendeckende und verbindliche Ganztags-Kitas und -Schulen sowie Angebote der Jugendhilfe mit gut ausgestatteten Arbeitsplätzen für das pädagogische Personal sind das Gebot der Stunde. Mehr Zeit für Bildung bedeutet zugleich, ausreichend Lehrkräfte, zusätzliche Schulsozialarbeiter und mehr Fachkräfte für die frühkindliche Bildung einzustellen.

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Der Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr muss ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Um die Qualität der Angebote zu sichern, sind bundesweite Standards erforderlich. Diese müssen für alle Einrichtungen gelten – unabhängig von deren Trägerschaft. Das Qualifikationsniveau der Beschäftigten muss mindestens der Ausbildung an einer Fachschule entsprechen. Der Ausbau grundständiger Studiengänge für eine akademische Ausbildung „Kindheitspädagoge“ ist verstärkt voranzutreiben.

8. Recht auf Ausbildung

Junge Menschen brauchen einen möglichst direkten Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung. Deshalb muss eine Ausbildungsgarantie gesetzlich verankert werden. Das Grundrecht auf Ausbildung soll auf Bundesebene abgesichert werden. Für junge Menschen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten, ist als Alternative eine Ausbildung in berufsbildenden Schulen in Kooperation mit Trägern anzubieten. Zudem soll die Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule neu strukturiert werden.

Das duale System der Berufsausbildung braucht neue Impulse. Dazu gehören gesetzliche Rah-

menbedingungen, die ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot – unabhängig von der konjunkturellen Lage – sicherstellen. An einer Ausbildungsplatzumlage führt kein Weg vorbei.

9. Demokratische und soziale Hochschule

Damit deutsche Hochschulen ihre internationale Leistungsfähigkeit halten können, müssen Wissenschaft demokratisiert, Hochschulen sozial geöffnet, die Qualität von Forschung und Lehre entwickelt sowie die Arbeits- und Studienbedingungen verbessert werden. Dafür sollen Zulassungssperren fallen und Studienplätze ausgebaut werden. Die materiellen Rahmenbedingungen sind so zu verbessern, dass sich alle Studierenden auf ihr Studium konzentrieren können. Jeder, der sich für ein Studium interessiert, muss sich darauf verlassen können, dass er eine elternunabhängige Ausbildungsförderung erhält.

10. Lebenslange Teilhabe durch Bildung

Weiterbildung muss zur vierten Säule des Bildungssystems ausgebaut und solide öffentlich finanziert werden. Ein solidarisches Weiterbildungssystem soll allen Menschen einen besseren Zugang zu Bildung eröffnen. Dafür wird ein flächendeckendes Beratungssystem benötigt. Weiterbildung soll sowohl berufliche Kompetenzen vermitteln wie auch zur Teilhabe an der Gesellschaft befähigen. Für erwerbslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen durch Änderungen in den Sozialgesetzbüchern II und III wieder Rechtsansprüche auf berufliche Weiterbildung bis hin zu einem nachzuholenden Berufsabschluss (2. Chance) verankert werden. Die Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung ist zu erweitern – unter anderem durch die Förderung von Branchenfonds der Tarifvertragsparteien.